

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

eigentlich müssten wir hier und heute uns gar kein Kopfzerbrechen machen, ob es denn nun gelingt, ein ordentliches, zukunftsfähiges Zahlenwerk zu verabschieden: Es hat ja - wie den Ausführungen des Kämmerer bei der Einbringung zu entnehmen war - bei den Einnahmen nicht nur geträpelt, ein warmer Regen hat vom Umfang her unerwartete Geldmengen in unsere Kassen regelrecht hineingespült, und dennoch - sind wir arm geblieben!

Vom warmen Regen zu einem der eher unangenehmen Art: zum Dauerregen. Der kann einem richtig leid werden, er senkt die Moral, macht depressiv.

Und wie Dauerregen wirken auch ständige Wiederholungen in Gebetsmühlenmanier, wie das formelhafte Vortragen von Begründungen, bei denen der unbefangene Zuhörer sich eher an das Lamentieren von klassischen Klageweibern erinnert fühlt.

Konkret meine ich hier:

Fällt den Verantwortlichen nichts Besseres ein, als zur Begründung unserer Probleme immer wieder - gefragt oder ungefragt - die "strukturell unterfinanzierte Region" zu bemühen?

Zur Erinnerung:

Ein jeder Regen beginnt mit einem Regentropfen. Und die Unterfinanzierung hat auch nicht schlagartig begonnen, sie hat allmählich eingesetzt, sich vielleicht schleichend entwickelt.

Wie sonst konnte aus der industriellen Herzkammer Deutschlands, in der wir uns mit einem gewissen berechtigten Stolz befinden- wie konnte denn aus dem Motor der deutschen Wirtschaft, ein Stottertyp mit Aussetzern werden - eben eine „unterfinanzierte Region?“

Wer trägt denn dafür die Verantwortung?

Ich könnte es mir leicht machen und sagen:

Die, die die Verantwortung hatten, aber nicht rechtzeitig erkannten, dass Handlungsbedarf bestand und nicht handelten.

Oder: Es waren die, die zwar den Handlungsbedarf erkannten, aber aus welchen Gründen auch immer - zu zögerlich dabei waren, die notwendigen Schritte und Schnitte vorzunehmen.

Das wäre dann aber auch wieder so ein eher gebetsmühlenartiges Lamento, und deshalb will ich es mir nicht so leicht machen und betonen, dass das Vergangenheit ist und nur noch das zählt, was für die Zukunft Bedeutung hat.

Und gerade da sind wir es, die nun die Verantwortung haben und heute Antworten geben müssen - oder die zumindest auch die Mitverantwortung dafür tragen, dass es nicht so bleibt, dass die Kasse bald wieder stimmt und sich wieder Handlungsspielräume eröffnen.

„Weiter so“ - heißt jetzt: „abwärts“ - denn es geht um die Zukunft und nicht um Vergangenes. Da hat das „es kann nicht sein, weil es nicht sein darf“ keinen Platz mehr, denn das ist nicht nur einem geflügelten Wort zu Folge „Vogel-Strauß-Politik“.

Mit einem Blick auf das vorliegende Zahlenwerk drängt sich nun die Frage auf:

Können oder müssen alle Einrichtungen gehalten werden?

Was ist für wen verzichtbar? Sind wir mit dem Begriff „Daseinsvorsorge“, den der Kämmerer in einem Zeitungsinterview mit den Zielen des Verwaltungshandelns verbunden hat und es als Grundlage für ein Halten hinstellte, nicht vielleicht zu oberflächlich bedacht worden?

Denken wir daran, dass alle Bürger Einrichtungen finanzieren, die nur von wenigen genutzt werden, und was Daseinsvorsorge ist, definiert jeder Bürger für sich selber anders!

Junge Leute vermissen da bei uns in Kamen zum Beispiel ein modernes Kino, und der Versuch des „kommunalen Kinos“ hat nicht nur einen anderen Anspruch, er kann die Erwartungshaltung der Vielen nicht auch nur annähernd befriedigen.

Ältere Leute wollen sicherlich das kulturelle Angebot, sei es in der Konzertaula, sei es bei den Kunstaussstellungen, nicht missen und drängen vielleicht gar auf eine Qualitätssteigerung. Aber das mit „Daseinsvorsorge“ zu bezeichnen - ist das nicht ein bisschen zu hoch gegriffen?

Ach ja, und dann haben wir noch das Gefühl, dass für ein „sauberes Kamen“ oder für das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt mehr getan werden könnte.

Wie wäre es mit mehr Ordnungskräften, die auf das Einhalten der verschiedensten Regeln des Zusammenlebens achten?

Oder - was wirklich als für die Daseins-Vorsorge bedeutsam aufgefasst wird:

Werden wir hier in Kamen den Erwartungen an Daseins-Vorsorge gerecht, die dadurch entstanden sind, dass jeder einzelne horrenden Abgaben in eine sogenannte Gesundheitsreform zu entrichten hat?

Wie steht es denn hier um ein optimales Gesundheitssystem bzw. um das Vertrauen in die entsprechenden Einrichtungen unserer Stadt?

Wenn wir das alles haben und halten oder gar verbessern wollen, was wir in unserer Vergangenheit an Einrichtungen geschaffen haben, dann brauchen wir vor allem eines: eine wirtschaftliche Gesundung, die mehr bringt als ein temporäres Strohfeuer!

Eigentlich sind die Vorzeichen dafür gar nicht so schlecht, wenn wir die Lage unserer Stadt aus der Perspektive des Standorts für ansiedlungswillige Unternehmen betrachten, schließlich befindet sich der größte Absatzmarkt Europas direkt vor unserer Haustür.

Aber:

Diese Vorteile als Faktoren der Wirtschaftsförderung können nur dann wirksam werden, wenn sich das Image unserer Stadt - pardon, unserer Region, positiv vermitteln lässt, wenn das für den Erfolg oft als unerlässliche Voraussetzung benannte "think positive" glaubwürdig überkommt.

Die - wie Eingangs festgestellte gebetsmühlenartig vorgetragene Formel der „strukturell unterfinanzierten Region“ gibt nach außen ein schlechtes Bild ab; sie ist, weil eben alles andere all positiv besetzt, hinsichtlich einer notwendigen wirtschaftlichen Gesundung geradezu kontraproduktiv!

Wir brauchen andere Umschreibungen, wir brauchen tragfähige Perspektiven.

Da selbst der Bürgermeister die offensichtlich nicht hat - er hat - im Zusammenhang mit der Umsiedlung der Fa. REWE Nüsken - an diesem Ort ausgeführt: „Ich bin froh, wenn ich den Bestand halten kann!“ - dann muss die Frage erlaubt sein, ob ein überparteilicher Fachmann oder ein Experten-Team von außen nicht doch mehr Hinweise oder auch nur wertvolle Fingerzeige liefern kann.

Wir sind uns sicher, dass selbst diese wohl eher kleinen Fingerzeige in der unausweichlichen Entscheidungsfindung eine große Hilfe sein werden.

Wie könnten diese Fingerzeige aussehen?

Vorstellbar ist, dass uns eine Kneifzange als Instrument empfohlen wird, die nicht nur an der einen oder anderen Stelle etwas wegkneift, manchen Bürger in seiner gewohnten Selbstverständlichkeit kneift und in der politischen Diskussion liebgewordene und daher manchmal tabuisierte Grundsätze infrage stellt.

So ist vorstellbar, dass empfohlen wird Kultur-Abos teurer zu machen.

Unmöglich ist das sicher nicht, denn die wirklichen Interessenten an unserem Angebot sind in der Regel nicht „schlecht betucht“, wie man so zu sagen pflegt.

Und: Was jemandem lieb ist, das ist ihm auch - teuer.

Man sage nicht dass dann die Abonnenntenzahlen in den Keller gehen:

Keiner verzichtet gern auf eine liebgewonnene Gewohnheit, schon gar nicht, wenn ein entsprechender Gegenwert gegenübersteht.

Bei der Erhöhung der Hundesteuer jüngst im Dezember waren wir ja auch nicht zimperlich und haben sie beschlossen, wohl wissend, dass dem keine Gegenleistung bzw. Verbesserung der Bedingungen für Hundehalter gegenüberstand.

Ausschlaggebend war einzig und allein das Argument: Was bringt Geld in die leere Stadtkasse!

Wir sind dabei davon ausgegangen, dass kaum ein Halter seinen Liebling abmeldet, sonst wäre ja der Effekt verpufft.

Nun mag man mir an dieser Stelle vorhalten, dass das Hundewesen und die Kultur zwei völlig verschiedene Paar Schuhe sind, und dass man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen dürfe.

Das ist sicherlich richtig, mir geht es aber gar nicht darum, Birnen und Äpfel zu vergleichen, mir geht es lediglich um eine Untermauerung der These, dass man für das, was einem wichtig ist, auch durchaus bereit ist, tiefer in die Tasche zu greifen.

Wenn also eine Erhöhung des Beitrages der Nutzer zum Kulturangebot zu einer massiven Abwanderung führen sollte, dann gewiss nur dann, wenn das Angebot entsprechend schlecht ist - und dann wäre es vielleicht nicht einmal schade, wenn es eingestellt würde!

Aber das „was wäre wenn“ gleicht eher einem Lesen im Kaffeesatz denn einer seriösen Bewertung der Ausgangslage, Bedingungen und Handlungsoptionen.

Deshalb - ich wiederhole es - muss jemand her, der das leisten kann; Kurz: Externe Beratung!

Es ist vorstellbar, dass man uns vielleicht anstatt eines Streichkonzert nicht in sondern auch bei der Konzertaula bzw. dem Kulturprogramm empfehlen wird, mehr Zusammenarbeit "in der Region" zu organisieren - denn nicht nur Kamen hat das Problem - andere sind auch „strukturell unterfinanziert“.

Wenn es über die GSW möglich war Bäder mit Bergkamen zu organisieren - warum ist Entsprechendes nicht auch im Kulturbereich möglich, einschließlich der VHS und der Musikschule, zumal wenn sich damit auch eine Qualitätssteigerung im kulturellen Angebot erzielen ließe?

Ich weiß, dass das allein das Problem nicht lösen kann, aber - ich wiederhole es - :

Jeder Regen beginnt mit einem Tropfen - und wenn wir ernsthaft nachhaltige Politik machen wollen, müssen wir auch den Tropfen auf dem heißen Stein ernst nehmen - getreu dem alten Sprichwort: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert.

Und meint da jemand, dass es sich bei einem Spielraum von etwa 2%, über den wir zu befinden habe, gar nicht lohnt, sich anzustrengen, es müsse vielmehr etwas passieren, damit übergeordnete Stellen, expressis verbis Land und Bund, endlich realisieren, dass etwas mit unserer Region nicht stimmt und der kommunale Finanzausgleich anders organisiert werden muss, dann sage ich:

Wer ein sinkendes Schiff verlassen hat, der wird sich nur in den seltensten Fällen mit Schwimmen retten können. Er wäre aber dennoch gut beraten, wenn er die Mühseligkeit der Schwimmbewegungen nicht einstellte - auch wenn das rettende Ufer nicht sichtbar sein sollte - schließlich kann nur derjenige gerettet werden, der noch lebt.

Geben wir also unsere Bemühungen nicht auf, holen wir uns zudem professionelle Hilfe ins Boot - und packen wir mutig die unbequemen Aufgaben an, die zu lösen in nicht zu ferner Zukunft unausweichlich wird, zumal dann die Einnahmen wahrscheinlich nicht mehr so kräftig sprudeln sollten wie zur Zeit.

So ist auch der von uns eingebrachte Antrag zum Haushalt zu verstehen, dem wir nur dann zustimmen können, wenn eben dieser unser Antrag auch eine positive Bescheidung findet.

Ich danke Ihnen.